

Tagesordnung

Öffentlich

Bgm. Mag. **Nagl**: Wir haben eine umfassende Tagesordnung auch noch mit Nachträgen und ich darf Ihnen einmal bekannt geben, dass wir jetzt nach der vormittäglichen Diskussion und der Mittagspause dann erst die Ausschüsse zusammentreten werden lassen. Also nach der Mittagspause wird es dann die Ausschüsse geben. Beginnen möchte ich gleich mit Stück 1), das muss noch in den Ausschuss, nämlich in den Ausschuss für Personal, Verfassung, Organisation, EDV, europäische Integration und Menschenrechte, das ist der Controllingbericht Aufgaben zur Haushaltskonsolidierung. Starten werden wir jetzt mit Haushaltsanalyse und dem Voranschlag, die wieder der Herr Stadtrat Dr. Riedler gemeinsam vortragen wird. Beim Nachtrag gibt es das Stück 3), Richtlinien für die Zuerkennung von Verwendungszulagen, Abänderung, dieses Stück muss ebenfalls noch in den Personalausschuss und es wird noch ein Nachtragsstück kommen, es geht um die Ermächtigung des Vertreters der Stadt Graz in der außerordentlichen Generalversammlung der Energie Graz am 14. 12., da haben wir dieses Nachtragsstück bitte noch auf die Tagesordnung zu nehmen, das muss auch noch einmal in den Ausschuss für Finanz-, Voranschlags- und Liegenschaftsangelegenheiten.

Berichterstatterin: StR. Mag. Dr. Riedler

2) A 8 – K 70/2005-1

Haushaltsanalyse 2006

3) A 8 – K 70/2005-1

Voranschlag 2006

StR. Mag. Dr. **Riedler**: Meine sehr verehrten Damen und Herren. Mittlerweile meine vierte Budgetrede, mein viertes, dem Gemeinderat vorgelegtes Budget steht heute zur Beschlussfassung und ich glaube, ich kann sagen, in allen vier Fällen waren es schwierige Budgets, die von einer Mehrheit dieses Gemeinderates getragen werden konnten, vielleicht auch getragen werden mussten, aus der Sicht des einen oder der anderen. Ich möchte Ihnen zuerst vielleicht ein paar allgemeine Überlegungen sagen und dann, wenn Sie damit einverstanden sind, so wie von Herrn Bürgermeister angekündigt, anhand der Haushaltsanalyse die wesentlichen Eckwerte des Budgets für das Jahr 2006 vortragen. Zuerst vielleicht die Ausgangssituation zu Beginn dieses Jahres, als wir die Aufgabenkritik, erster Abschnitt mit dem Budgetbeschluss für das Jahr 2005 hinter uns gebracht haben, mit einem durchaus sehenswerten Erfolg, einer Verbesserung der Budgetzahlen in der ordentlichen Gebarung, in der Größenordnung von mehr als 30 Millionen Euro im Verhältnis zum Jahr 2004 und ich damals in der Budgetrede vor ziemlich genau einem Jahr, am 13. Dezember 2004, gesagt habe, wir haben den Weg noch vor uns, aber die Trendwende ist geschafft. Und bei dieser Sitzung sind da drüben in der Bank neben dem Herrn Magistratsdirektor zwei Herren des Bundesrechnungshofes gesessen, die diese Aussage mir gegenüber dann kritisiert haben. Mit dem Hinweis von einer Trendwende könne gar keine Rede sein, die Finanzsituation der Stadt Graz wäre dermaßen dramatisch, dass bei einer Fortführung des Weges, den sie vom Jahr 1999 bis zum Jahr 2004 beobachtet haben, bei einer Fortführung dieses Weges die Stadt Graz sich in einer Situation befände wie ein Autofahrer, der mit 180 in eine feststehende Wand fahren würde. Natürlich kann man Budgetzahlen, kann man Daten unterschiedlich betrachten und meine Betrachtungsweise war bei aller Vorsicht sicher eine optimistische, dennoch die kritische und skeptischere Variante der Herren des Rechnungshofes hatte ihre Berechtigung. Auch ich habe immer wieder darauf hingewiesen, dass der Weg, den wir uns noch vor uns haben, lang und steinig sein wird. Und als kurz darauf der von mir eingerichtete Stadtschuldenausschuss sich getroffen hat nach Analyse der Budgetdaten der Stadt Graz waren die Worte zwar andere, die vorgebrachte Skepsis aber durchaus auch im Befund der Professoren Felderer, Pilz und Schachner wiederzufinden. Man sieht also, dass die Analyse unserer Situation durchaus bis zum heutigen Tag kritisch ausfällt. Beim Städtetag in Salzburg haben der Finanzdirektor der Stadt Graz Dr. Kamper und ich einen, auf in den Kampf, ist übrigens ein ganz gutes Motto, auch für

das Budget, bei diesem Vortrag in Salzburg haben der Finanzdirektor und ich einen Überblick über unsere Situation abgegeben und unsere Maßnahmen vorgestellt. Und das hat zu bassem Erstaunen bei den Vertretern vieler anderer Städte, übrigens auch der Vertreter des Bundesministeriums für Finanzen, geführt, weil in dieser schonungslosen Deutlichkeit keine andere Stadt und auch keine andere Gebietskörperschaft in Erinnerung der Damen und Herren, die sich diesen Vortrag angehört haben, dargestellt wurde. Und auch die Maßnahmen, die wir gesetzt haben bis zu diesem Zeitpunkt, sind durchaus auf Interesse gestoßen, das hat soweit gereicht, dass heute wir immer wieder von Städten aus ganz Österreich kontaktiert werden, weil man sich unsere Überlegungen und unsere Erfahrungen mit der Aufgabenkritik gerne zu Eigen machen möchte, so war die Situation zu Beginn dieses Jahres und trotzdem, und gerade deshalb, war uns völlig klar, dass wir zu weiteren und zwar groß angelegten Schritten am Weg der Budgetkonsolidierung kommen müssen. Und wir haben gesehen, dass das, was uns als Plan vorgegeben war und vorgelegt wurde, für die Schritte Aufgabenkritik 2 und 3 zwar sinnvoll, nützlich und wichtige Schritte waren, aber keineswegs ausreichen würde, um ausgeglichene Budgetdaten erzielen zu können. Daher sind wir einen Schritt weiter gegangen in der Planung und haben ein neues, oder sagen wir einmal, ein erweitertes Budgetsanierungsziel vorgegeben. Wir haben gesagt, wir wollen im Jahr 2010 keine weiteren Schulden mehr machen. So wenig ambitioniert das auf den ersten Blick klingen mag, bei genauerem Hinsehen hat sich sehr schnell herausgestellt, dass selbst dieses Ziel nur unter aller, allergrößter Anstrengung und selbst dann nicht allein durch Bemühungen in der Stadt Graz erreicht werden kann, denn unsere Budgetprognosen weisen aus, dass wir selbst nach dem Erfolg der Aufgabenkritik des Jahres 2005 im Jahr 2010 eine Lücke in der Größenordnung von mehr als 180 Millionen Euro zu bedecken hätten. Das heißt also, 180 Millionen Euro Kredite aufnehmen müssten in diesem Jahr 2010, um zu ausgeglichenen Haushalten in der außerordentlichen Gebarung und in der ordentlichen Gebarung zu kommen. Und selbst Volksschulkinder können ausrechnen, dass, wenn ich von einem vollen Topf regelmäßig große Stücke wegnehme, dass dann irgendwann der Topf leer sein wird und das gilt im übertragenen Sinn ganz gleich auch für die Ressourcen, die eine selbst wohlbestalte und gut dastehende, im Vermögen gut dastehende Stadt wie Graz erleben müsste. Also große Anstrengungen, große weitere Anstrengungen sind nötig. Wenn man sich in Erinnerung ruft, mit welchen Zweifeln, welchen

Widerständen, auch mit welcher politischen Kritik die Aufgabenkritik für das heurige Jahr schon zu kämpfen hatte, dann ist klar, dass weitere Einsparungen nicht ohne weiteres aus dem Ärmel geschüttelt werden können. Wir haben für das Jahr 2006, im März dieses Jahres, ein Einsparungsziel von 80 Millionen Euro festgelegt. Und diese 80 Millionen Euro sind zwar ein großer Schritt, aber noch immer nicht der letzte auf dem Weg zur Sanierung. Als ich diese Zahlen das erste Mal vom Finanzdirektor vorgetragen bekommen habe, habe ich gesagt, das ist unmöglich, das ist nicht zu schaffen, 80 Millionen, das ist deutlich mehr als eine Milliarde Schilling für ein Jahr, das ist ein Betrag nach den unglaublichen Anstrengungen, ich sage nur Schulschließungen, Tröpferlbäderschließungen, Einsparungen bei den Subventionen, Einsparungen in vielen, vielen anderen und sehr wichtigen Bereichen, der als nicht erzielbar erschienen ist. Wir haben uns trotzdem drangemacht zu analysieren, unter welchen Umständen wir das Notwendige erzielen und erreichen können und es ist sehr schnell klar geworden, dass wir in der zentralen Steuerung der uns bekannten kameralistischen Abwicklung von Verwaltung und Finanzierungsvorgängen, wie wir sie gewohnt sind und wie sie eine mehr als hundertjährige Tradition in der Stadt Graz hat, nicht mehr wesentlich weiterkommen werden. Und das war der Grund, warum wir uns darauf verstanden haben, die Verantwortung für Budgets in einem bedeutend höheren Ausmaß, als das bisher der Fall war, den einzelnen Ressortverantwortlichen der Stadtregierung zu übertragen. Nur in Verbindung von Fachkenntnis und Finanzierungsverantwortung ist es überhaupt möglich, die notwendigen Einsparungsschritte, die notwendigen Einzelprioritäten richtig setzen zu können. Es ist schlichtweg ausgeschlossen, im Zuge von Budgetverhandlungen jede einzelne Finanzposition auf ihre Korrektheit zu überprüfen, jede einzelne Forderung auf ihre Berechtigung abzuchecken, das geht nicht. Aber genauso hat es in der Vergangenheit funktioniert. Eckwertverantwortung heißt grundsätzliches Umdenken in der Politik, Eckwertverantwortung heißt, mehr Verantwortung übernehmen als bisher und es heißt auch in Wirklichkeit größerer Gestaltungsspielraum für die Damen und Herren der Stadtregierung. Es heißt auch ein größeres Erfordernis an Kontrolle durch den Gemeinderat. Also um es kurz zu machen, es ist relativ einfach, Kolleginnen und Kollegen anzukündigen, sie haben einen größeren Gestaltungsspielraum, es ist viel, viel schwieriger, Kolleginnen und Kollegen unterzujubeln, sie mögen gefälligst für mehr Verantwortung auch mehr sparen. Und was dann noch dazugekommen ist, war, dass es durchaus nicht

unberechtigte oder unverständliche Kritik an einer Vorgehensweise des vergangenen Jahres gegeben hat, nämlich daran, dass wir strukturelle Schwerpunktsetzungen und politische Prioritätensetzungen im Zuge der Aufgabenkritik nicht mehr im erwünschten Ausmaß durchführen konnten, daher habe ich mir vorgenommen, einen langen Diskussionsprozess für die Schwerpunktsetzungen vor dem ersten Eckwertbudget durchzuführen. Wir alle kennen die Gesetzmäßigkeiten politischer Abläufe und uns allen ist klar, dass solche Diskussionen im Vorfeld zu Wahlen, besonders so wichtigen Wahlen wie Landtagswahlen, nicht einfach durchzuführen sind und tatsächlich muss ich auch diesmal sagen, hätte ich mir erwartet, dass diese Diskussionen intensiver, genauer, transparenter durchgeführt werden hätten können, aber ich habe es schon angedeutet, in der Form ist es uns, nämlich in der Form der Abwicklung ist es uns nicht gelungen. Sie werden dann heute später im Laufe dieses Tages doch sehr deutlich erkennen können, dass aber das Ergebnis eindeutig, deutlich Schwerpunktsetzungen in diesem Budget abzeichnet und zwar Schwerpunktsetzungen in Richtung sozialer Gerechtigkeit, Schwerpunktsetzungen in Richtung Ankurbelung und Setzen von Wirtschaftsimpulsen, Schwerpunktsetzungen in allen Bereichen, die sozusagen Lebensqualität in dieser Stadt mitbedingen. Wir haben, um es noch kurz zu skizzieren, den Weg so gewählt, dass wir die Investitionsbudgets radikal um 50 % gekürzt haben und das erste Mal in der Geschichte der Stadt einen Ausblick über die Investitionsbudgets, also die außerordentliche Gebarung bis zum Jahr 2010, gewagt haben. Unterstellt waren, aus der Erfahrung der Vergangenheit, Investitionen in der Größenordnung von 70 Millionen Euro zirka pro Jahr, das ist nicht wahnsinnig viel, das ist eine Milliarde Schilling pro Jahr, die wir in der AOG haben wollten, wenn man sich anschaut, wie groß das Wegenetz der Stadt und Straßennetz der Stadt Graz ist, wenn man sich anschaut, welche Aufwendungen etwa im Bereich der Gebäudesanierung notwendig sind, wenn man weiß, welche Erfordernisse etwa im Bereich der Sicherheit, da wieder bei den Feuerwehren, angemeldet werden, 70 Millionen Euro für eine Stadt der Größenordnung von Graz, etwas kleiner als das ganze Bundesland Vorarlberg, nicht gerade üppig. Trotzdem wir haben uns darauf verstanden insgesamt 175 Millionen Euro bis zum Jahr 2010 auszugeben. Damit haben wir einen großen Schritt gemacht, ich muss noch erläuternd dazusagen, 35 Millionen im Durchschnitt, warum im Durchschnitt? Weil allein die Projektgenehmigungen, die dieser Gemeinderat der Stadtregierung aufgetragen hat, bereits deutlich mehr als 35 Millionen für das Jahr

2006 ausmachen. Damit sind große Brocken, wie der Ausbau der HL-Strecke und die damit verbundenen Verbesserungen der Verkehrswege in Graz, verbunden und eine Reihe weiterer Großprojekte, die wir umsetzen wollen und umsetzen müssen. Aber im Schnitt 175 Millionen bis zum Jahr 2010. Das bedeutet, ich habe es an dieser Stelle schon einmal gesagt, dass wir allerdings frei verfügbar in diesem Zeitraum gerade noch 20 Millionen Euro für neue Projekte haben größerer Dimension und es wird eine Herausforderung für diesen Gemeinderat, für die Politik der Stadt Graz sein, die Prioritätenentscheidungen vernünftig, klug und vorsichtig zu treffen und mit Hinblick darauf, dass wir auch kommenden Generationen natürlich kein Trümmerfeld hinterlassen wollen, sondern wohlgeordnete Verhältnisse in der Stadt Graz. Der zweite Bereich ist der schwierigere, nämlich die ordentliche Gebarung. Wir wissen das alle und es hat vor dem Sommer, vor der Sommerpause die Bitte gegeben an alle Abteilungen, an alle Referate, an die Kollegen und Kolleginnen der Stadtregierung, vorzulegen, was es bedeuten würde für das Jahr 2006 20 % des Aktivbudgets und für das Jahr 2007 30 % des Aktivbudgets zu reduzieren, immer auf der Basis des Budgets des Jahres 2005 wohlgemerkt. Das hat, wie nicht anders zu erwarten zu Missverständnissen mehr oder weniger gewollt bei dem einen oder der anderen geführt, gemeint war natürlich nie ein lineares Sparen, es war uns klar, dass Abteilungen, die ein Aktivbudget haben, bei den Personalkosten, die ja eingerechnet werden, dass das operative, bei dem die Einsparung das operative Budget bei weitem übersteigt und damit schon Personalkostenkürzungen in Wirklichkeit greifen müssten, dass diese Einsparungsvorgaben kaum oder gar nicht zu erreichen sind. Das war auch klar, dass im Bereich der gesetzlichen Pflichtleistungen Einsparungen bestenfalls durch Effizienzverbesserungen und das auch nur in diesem Bereich in sehr, sehr bescheidenem Ausmaß möglich sein wird. Wir wollten aber sehen, welche Maßnahmen überhaupt gesetzt werden könnten und das ist überhaupt die Voraussetzung, um eine Prioritätendebatte allen Ernstes durchführen zu können. Es hat also dann eigentlich zwar den einen oder anderen medialen Querschuss gegeben, aber es ist trotzdem, glaube ich, befriedigend abgelaufen. Wir haben akkordiert mit der Stadtregierung in diesem Bereich doch deutlich mehr als zehn Millionen Euro an Einsparungsvorschlägen, die zwar nicht gerne getragen werden und nicht als Vorschläge verstanden werden sollten, sondern als Möglichkeiten vielleicht, um das neutraler auszudrücken, aber wir haben Möglichkeiten gefunden in dieser Größenordnung. Damit waren wir immer noch relativ weit von unserem

Einsparungsziel entfernt. Ein zweiter Schritt war dann der, dass wir aus dem Bereich der Finanzdirektion große weitere Brocken angeboten haben, ich möchte Sie ihnen jetzt nicht im Detail aufzählen, aber die Maßnahmen, die sich vor allem im Hinblick auf die fiktive Konzernbilanz, die uns der Stadtrechnungshofdirektor vorgelegt hat, im Bereich der Beteiligungen gesetzt werden konnten, machen ungefähr noch einmal einen Betrag in der Größenordnung von zehn Millionen Euro aus. Und der dritte Brocken ist jetzt wirklich ein innovativer Schritt gewesen, nämlich der, dass wir gesagt haben, bis jetzt haben wir unsere Untersuchungen von unten nach oben durchgeführt, nun drehen wir den Spieß um und wir machen eine Top-down-Untersuchung und zwar in die Richtung, dass wir uns anhand jeder einzelnen Finanzposition angeschaut haben, wo werden die Budgets regelmäßig über zwei bis drei Jahre pro Jahr nicht aufgebraucht. Zum Teil deshalb, weil die 15%-Sperrung nicht aufgehoben wurden, zum Teil auch deshalb, weil die Ansätze hoch gewählt wurden. Und wir haben im Zusammenhang mit dem Eckwert dann hier tatsächlich den qualitativen Schritt nach vorne gemacht, wir haben gesagt, wir streichen das, was regelmäßig nicht verbraucht wird, von den Finanzpositionen runter, im Gegenzug natürlich gibt es die Freiheit der Eckwerte und das heißt, volle Verfügungsfreiheit und volle Beweglichkeit in den Finanzpositionen, es ist also möglich, Mittel zu verschieben. Nächster Schritt, es wird im Jahr 2006 keine 15%-Sperrung mehr geben und das entscheidende Argument war dann wohl, dass wir gesagt haben, das was im heurigen Jahr erspart wird, das was von den Finanzpositionen nicht ausgegeben wird, wird zuverlässig und versprochenerweise im nächsten Jahr auf die Globalbudgets der einzelnen Abteilungen übertragen. Das heißt, das erste Mal ein Durchbrechen der Jährlichkeit des kameralen Budgets, das erste Mal die Möglichkeit, Erfolge im Nichtgeldausgeben auch im nächsten Jahr voll zu hundert Prozent genießen zu können. Ich habe vor, diese Methode auch in den folgenden Jahren, soweit sie sich natürlich bewährt, anzuwenden. Voraussetzung dafür ist allerdings, dass mit großer Verantwortung in den einzelnen Ressort mit diesen Budgetmitteln umgegangen wird. Sie sind nicht, sozusagen, frei fluktuierende Mittel, die man für besonders schöne und beliebt machende Projekte einsetzen soll, sondern sie sind in Wirklichkeit der Rettungsfallschirm, den jedes Stadtsenatsmitglied mitbekommt, um die reduzierten, unter Druck geratenen Budgets auch tatsächlich im Vollzug bewältigen zu können. Aber noch einmal deutlich größere Bewegungsfreiheit und das, was wir hier machen, darauf darf ich Sie aufmerksam machen, ist erst- und

einmalig in der Republik Österreich, in der Budgetierung öffentlicher Haushalte, in Gemeinden jedenfalls, weil ja der Spielraum natürlich für Länder und Bund größer ist. Trotzdem, das Durchbrechen der Jährlichkeit in dieser Form hat es noch nie gegeben und wir sind einmal mehr hier auf einem Pionierweg unter dem Druck der äußeren Verhältnisse. Also der Budgetvorschlag, der hier und heute von mir präsentiert wird, kann uns der zufrieden stellen? Ich beantworte diese Frage mit nein, dieser Budgetvorschlag, für den ich die Verantwortung trage, dieser Budgetvorschlag, hinter dem ich voll und ganz stehe, kann uns nicht zufrieden stellen und zwar aus einem sehr, sehr einfachen Grund. Das was wir tun, so wie wir sparen, so wie unser Haushalt unter Druck geraten ist, und ich will dem Kollegen Schönegger nicht in die Verlegenheit bringen, im letzten Moment seine Rede umschreiben zu müssen, das, was wir heute vorlegen, bedeutet, dass wir in nicht ausreichendem Ausmaß investieren können, es bedeutet, dass wir nicht im gewünschten Ausmaß sozialen Ausgleich herstellen können, es bedeutet, dass wir nicht die Wirtschaftsimpulse setzen können, zu denen wir uns wohl alle verstehen würden, um einen Beitrag zur Arbeitsplatzsicherung in Graz zu leisten. Es bedeutet, dass wir nicht in dem Ausmaß kulturell und wissenschaftlich aktiv sein können, wie wir es uns wünschen würden und wie es diese Stadt Graz verdient. Und warum ist das so? Die Frage ist interessant und sie begleitet uns eigentlich seit Beginn dieser Gemeinderatsperiode und ich habe schon mehrfach gesagt, natürlich, es gibt Versäumnisse in der Vergangenheit, man hätte manche Korrekturen früher einleiten können. Ich möchte mich heute in meiner Budgetrede abschließend allerdings auf einen Punkt konzentrieren, der, bevor wir zur Haushaltsanalyse kommen, der in Wirklichkeit erläutert und erklärt, warum wir diese Schwierigkeiten haben, unter denen wir stehen und diese Schwierigkeiten sind zu einem ganz, ganz großen Ausmaß von außen an die Stadt Graz herangetragen, sie sind in einem überwiegenden Ausmaß darin zu finden, dass Bund und Land und auch die Regeln der Europäischen Union dazu geführt haben, dass die Stadt Graz schlechter als andere Städte in Österreich behandelt wird, deutlich schlechter als andere Städte, schlechter als andere Gemeinden behandelt wird und es gibt heute eine wissenschaftliche Unterlage, die genau diese Analyse bestätigt. Ich möchte Ihnen übrigens eines sagen, das hat mich doch sehr erstaunt. Einer unserer Kollegen, zwei Kollegen der Stadtregierung sind ausgeschieden, einer ist nun Kollege, darf ich mit einer gewissen Demut sagen, als Finanzreferent beim Land. Der erste offizielle Brief,

den ich von Christian Buchmann bekommen habe, der oft genug hier an dieser Stelle oder in einem persönlichen Gespräch bei Verhandlungen gesagt hat, ich brauche mehr Geld, das geht so nicht weiter, wir müssen Schwerpunkte setzen, wenn wir uns aus der Forschung verabschieden ein Wahnsinn, Kultur braucht mehr Geld, Stadtmuseum braucht mehr Geld, hat mir einen Brief geschrieben, in dem er mir mitgeteilt hat, dass er nicht bereit ist, an einer konsensualen Lösung bei der Auflösung des Mietvertrages der Landesdruckerei mitzuwirken. Ich war basserstaut, das kostet uns eine Riesenstange Geld, wenn es dabei bleibt. Na ich hoffe doch sehr, dass er sich noch an das erinnern kann, was er hier nicht selten proklamiert und verlangt hat. Also ich bin der Meinung, dass wir hier mit dem Land sehr selbstbewusst verhandeln werden müssen, um zu unserem Recht zu kommen und was ist unser Recht? Zuerst einmal, es geht nicht um die Politik, es geht nicht um die Politikerinnen und Politiker, es geht in erster Linie darum, dass ich die Frage beantworten muss, werden die Grazerinnen und Grazer gerecht behandelt? Ist es gerecht, wie man mit uns umgeht? Jetzt möchte ich Ihnen eine erste Zahl sagen. Seit dem Jahr 1996 haben sich die Steuereinnahmen des Bundes um 32 % erhöht, 32 % Bundessteuerkuchen ist gewachsen. Die anteiligen Steuerertragssteigerungen für die Stadt Graz 16 %, die Hälfte. Wenn ich mir die Ertragsanteile nur der letzten Jahre, die Entwicklung der Ertragsanteile in den 2000er-Jahren anschau, sogar ein Sinken, unglaublich. Wir haben, um das also zu dokumentieren, ein paar Kennzahlen, zum Beispiel die Abdeckung der Ausgaben der laufenden Gebarung durch die Erträge aus den gemeinschaftlichen Bundesabgaben haben sich vom Jahr 1996 bis zum Jahr 2004 folgendermaßen entwickelt, im Jahr 1996 knappe 40 %, knappe 40 % der Ausgaben der laufenden Gebarung durch die Erträge aus gemeinschaftlichen Bundesabgaben abgedeckt. Im Jahr 2004 knappe 30 %, ein Minus von 10 %. Die Entwicklung der Ertragsanteile pro Kopf in Euro, im Jahr 2002 858 Euro zirka pro Kopf Grazerinnen und Grazer, im Jahr 2004 829 Euro pro Kopf. Ein Verlust aus diesen Positionen allein in diesen Jahren von 30 Millionen Euro, wo sind die hergekommen, wo finde ich diese 30 Millionen wieder? Im Schuldenstand der Stadt Graz natürlich. Eine weitere Zahl: Der Mehraufwand der Stadt Graz für die Besorgung der Bezirksverwaltung, das was in jedem anderen Bezirk der Steiermark von Bund und Land getragen wird, Mehraufwand der Stadt Graz im Verhältnis zur Abgeltung dieser Aufwendungen von 1990 bis zum Jahr 2004, 15 Jahre, 137 Millionen Euro, 137 Millionen Euro, die sich in unserem Schuldenstand wiederfinden,

137 Millionen Euro, die wir zurückzahlen müssen selbstverständlich, 137 Millionen Euro, für die wir Zinsen zahlen. Wenn ich mir jetzt so eine Durchschnittsverzinsung, und das ist sehr großzügig gerechnet, von 3 % pro Jahr ungefähr ausrechne, dann komme ich jährlich auf eine Zinsenlast allein aus diesem Betrag von vier Millionen Euro. Und eine weitere Zahl, die meine These unterstützen soll, gesamt gesehen, Gemeindeabgaben, Ertragsanteile, laufende Transfers für die Jahre 1999 und 2005 verglichen: Pro Kopf Grazerinnen und Grazer im Jahr 1999, trotz der zu dem Zeitpunkt noch höheren anerkannten Bevölkerungszahl der Stadt Graz, also vor der Volkszählung, 1.143,59 Euro. Im Jahr 2005 1.056,12, also ein Unterschied von knappen 90 Euro pro Kopf. Resümee der Geschichte, wir werden nicht nur im Verhältnis zu anderen Landeshauptstädten schlechter behandelt, wir werden nicht nur im Verhältnis zu Städten mittlerer Größe von 10.000 bis 20.000 Einwohnern schlechter behandelt, wir werden insgesamt österreichweit durch die Maßnahmen des Finanzausgleichs und durch den Umgang des Landes Steiermark mit der Landeshauptstadt kontinuierlich über viele Jahre schlechter behandelt als anderen, und das zu tragen haben die Grazerinnen und Grazer durch die Maßnahmen, die wir in dieser Stadt setzen müssen. Das ist unfair, es ist gleichheitswidrig und es ist sachwidrig und in Wirklichkeit, meine Damen und Herren, in Wirklichkeit hätte die Stadt Graz, hätte sie alleine entscheiden können, den Finanzausgleich, den der Herr Bürgermeister verhandelt hat, Frau Kollegin, nicht zustimmen dürfen. Jetzt fragen Sie ihn doch einmal, ob es möglich gewesen wäre, besser zu verhandeln, der Herr Bürgermeister wird Ihnen eine deutliche Antwort geben. Es ist schlicht und einfach über Graz drübergefahren worden, warum ist das so? Andere Städte profitieren, ich sage Ihnen was, die Stadt Wien hat einen positiven Finanzierungssaldo in der Größenordnung unserer Gesamtschulden jedes Jahr, das bleibt denen über jedes Jahr. Wien ist anders, Wien ist nicht vergleichbar, kann man sicher zu Recht sagen, Graz ist auch anders, Graz ist in einer Größenordnung, die einen Abstand in der Bevölkerungszahl von 50.000 zur nächstgrößeren Stadt ausweist und 50.000 ist die Grenze nach oben im Finanzausgleich. Weitere interessante Tatsache ist, dass der unterste Verteiler, der die kleinen Gemeinden früher schlechter gestellt hat und sie jetzt bevorzugt, weil er im Finanzausgleich wegverhandelt wurde, von den kleinen Gemeinden weggefallen ist, aber unsere Zahlungen in die Landesumlage weiterhin steigen. Die Landesumlage, die in Wirklichkeit einen Querfinanzausgleich darstellen soll, um Finanzierungsnotwendigkeiten in kleinen Gemeinden abzusichern. Meine

Damen und Herren, dieser Finanzausgleich, die Finanzierungsregeln der Republik Österreich insbesondere für die Stadt Graz sind nicht länger tolerierbar und wenn es uns nicht gelingen sollte, diese Finanzierungsregeln grundsätzlich und grundlegend zu ändern, dann werden wir in vielem politisch scheitern müssen, wir werden dann nicht in der Lage sein, die Investitionen, die für 2003 gemacht wurden, sinnvoll fortzuführen und aufrecht zu erhalten. Wir werden nicht in der Lage sein, den sozialen Standard in dieser Stadt aufrecht zu erhalten. Wir werden auch nicht in der Lage sein, das Notwendige im Infrastrukturbereich zu machen und aus diesem Gesichtspunkt bin ich mit meinem Budget nicht zufrieden. Ich bin auf der Einnahmenseite schlicht und einfach nicht zufrieden mit dem, was auf uns von den übergeordneten Gebietskörperschaften zukommt (*Applaus SPÖ*). Auch der Bürgermeister, noch als Finanzreferent, hat diese Situation erkannt und er hat im Wahlkampf, ich kann es nicht oft genug sagen, gesagt, das Finanzproblem der Stadt Graz muss zu 40 % von der Stadt Graz selbst bewältigt werden und zu 60 % von anderen Gebietskörperschaften. Naja, da hat er nicht Unrecht, wir haben inzwischen unsere 40 % längst übererfüllt, wenn ich da tatsächlich diese Rechnung aufstelle, die 60 % von Bund und Land stehen nach wie vor aus, wobei ein leichter Hauch der Hoffnung ist ja doch da. Bei den Verhandlungen, die ich mit dem zuständigen Landesrat Wegscheider jetzt geführt habe zur Finanzierung des Bades Eggenberg, hat es tatsächlich eine grundlegende Änderung der Haltung des Landes gegeben,...

Zwischenruf GR. Schönegger: Wir helfen gerne.

Dr. **Riedler**: Naja, ihr hättet es schon längst tun sollen, ich habe ja gewartet, dass endlich da einmal die zuständigen Stadtsenatsreferenten verhandeln. Der Unterschied, wenn ich es nur kurz erklären kann, du kommst ja dann ausführlich zu Wort und wirst dich sicher darauf beziehen können ist einfach der: Der damals zuständige Landesrat Schützenhöfer hat uns angeboten, na ich helf euch ein bisschen bei Eggenberg, wenn ihr dafür mehr als 20 Millionen Euro für das Sportkompetenzzentrum in Eggenberg ausbebt. Ich habe gesagt, wie sollen wir

denn, wo sollen wir das hernehmen, na wird schon gehen, das war's. Der Herr Landesrat Wegscheider sagt, Priorität im Sportbereich in Graz ist Eggenberg, daher ich sage euch unabhängig von anderen Zusagen, sechs bis sieben Millionen Euro zu, ich sage es euch zu und ich werde jetzt auch darauf drängen, dass der Bund seine Zusage endlich einhält und dass das schwarz auf weiß in die Steiermark kommt, damit haben wir es geschafft, meine Damen und Herren (*Applaus SPÖ*), damit haben wir es geschafft, eine wesentliche Freizeit- und Sportinfrastruktureinrichtung in Graz zu erhalten und zwar in absehbarer Zeit.

Zwischenruf GR. Herper: Das ist Einsatz.

Zwischenruf GRin. Krامل: Könnt euch ein Beispiel nehmen.

Dr. **Riedler**: Also sollte das, und davon gehe ich aus, tatsächlich ein Hinweis auf eine Trendwende....

Zwischenrufe unverständlich.

Dr. **Riedler**: Ich verstehe die freudige Erregung in den ÖVP-Reihen, uns freut das auch sehr, dass das so gut gelaufen ist...

Zwischenruf GRin. Fürntrath: Warten wir, bis es endlich fertig ist.

Dr. **Riedler**: Ja natürlich, da warten wir eh schon lang genug, auch dem kann ich nur zustimmen. Also beim Schnürldurchschneiden da werden ja dann alle dabei sein, hoffe ich, würde ich mich sehr darüber freuen. Also ich gehe davon aus, dass das ein Hinweis darauf ist, dass endlich das Verhältnis zwischen Bundesland Steiermark und der Landesregierung und der Landeshauptstadt Graz, in der ein Drittel der Bevölkerung der Steiermark lebt, sich verbessert, korrigiert, auf den richtigen Weg kommt, meine Damen und Herren. Auf einen Weg, der den Grazerinnen und Grazern die notwendige und zustehende Anerkennung auch einmal in Form von Finanzaufteilungen erweist und so ähnlich stelle ich es mir eigentlich auch vor beim Bund, der Herr Bürgermeister und ich haben bereits mit den zuständigen Beamten der Stadt Graz die ersten Gespräche mit dem Herrn Finanzminister geführt, das war, wenn ich mich richtig erinnere, im Juni dieses Jahres, wir haben dann die geforderten Unterlagen auch nach Wien gesandt, ein weiterer Termin ist leider bis jetzt nicht zustande gekommen und ich, der Herr Bürgermeister hat gesagt, das ist eine Bringschuld, er wird diesen Termin organisieren. Ich gehe davon aus, dass wir also sehr, sehr bald in den ersten Monaten des Jahres 2006 auch wieder Gespräche mit dem Finanzminister führen können und anhand dieser Studie von Pia Amann, ich will ihren Namen unbedingt hier heute auch erwähnt haben, anhand dieser Studie können wir belegen, dass die Bevölkerung, die Grazerinnen und Grazer, schlecht, zu schlecht behandelt worden sind, wenn es darum gegangen ist, die notwendigen Finanzressourcen für die Landeshauptstadt Graz freizumachen und ich hoffe, dass das auch Eindruck machen wird in Zeiten der Budgetkonsolidierung auch auf Bundes- und Landesebene. Meine Damen und Herren, ich möchte Ihnen nun die Zahlen des Voranschlages näher bringen und erläutern anhand der Analysen, die wir auch im Zusammenhang mit der Haushaltsanalyse als Gemeinderatsstück vorbereitet haben und ich bitte Sie für alle, die schon ungeduldig werden, bitte machen Sie sich es bequem, wir werden versuchen, es doch recht zügig durchzuerläutern und durchzuerklären, ich möchte mich diesmal nicht am Ende der Debatte, sondern zum jetzigen Zeitpunkt ganz herzlich bedanken bei dem Finanzdirektor der Stadt Graz Dr. Kamper für die unglaubliche Kreativität, Hartnäckigkeit, auch den Mut in der Auseinandersetzung mit den politischen Instanzen bei der Erstellung dieses Budgets, ich möchte mich an dieser Stelle bedanken bei Herrn Michael Kicker, der, man möchte es fast sagen, Sisyphusarbeit, aber Sisyphus hat ja relativ verzweifelt gearbeitet, aber trotzdem, für die schwere

Arbeit von Michael Kicker bedanken (*allgemeiner Applaus*), ich möchte mich an dieser Stelle bei der gesamten Finanzdirektion, die unter Dauerdruck gestanden ist, für die erwiesene hervorragende Zusammenarbeit bedanken. Ich möchte mich bei allen Kolleginnen und Kollegen, die in den Abteilungen arbeiten, vor allem die Damen und Herren Abteilungsvorstände, bedanken, ich möchte mich beim Magistratsdirektor und seinem Team für die gute und freundschaftliche Begleitung bedanken bei unserer Arbeit, ich möchte mich an dieser Stelle auch bei allen Kolleginnen und Kollegen der Stadtregierung für die ebenso freundschaftliche und gute Betreuung und Verhandlungsweise bedanken, vor allem für den auch in schwierigen Zeiten nicht immer ganz einfachen Verhandlungsstil, der uns dann doch schlussendlich zu diesem Ergebnis geführt hat.

Also unsere Ausgangslage, noch einmal kurz geschildert, für den Voranschlag vor den Voranschlagsverhandlungen für das Jahr 2006. Sie werden jetzt einige Male da zwei Linien sehen, die sich vor allem dadurch bedingen, dass wir unser Minus in der ordentlichen Gebarung verringern konnten in den letzten beiden Jahren durch Aussetzen der Rückzahlung jener Darlehen, die niedrig verzinst waren. Ich stehe übrigens zu dieser Maßnahme, weil sie gleichzeitig bedeutet hat, dass wir erstens ressourcenschonend vorgegangen sind und trotzdem das Umlenken, das Umkehren auf einen Sanierungsweg gut bewerkstelligen konnten. Sie sehen also, die Prognose für das Jahr 2010 ohne weitere Maßnahmen nach Aufgabenkritik 2005 führt relativ steil nach unten in die negativen Zahlen über 180 Millionen Minus im Jahr 2006.

Nächste Darstellung zeigt uns, wie wir zu den Eckwerten gekommen sind und noch einmal eine kurze Erläuterung dessen, was die Eckwerte im Rahmen genau bedeuten. Ich habe das schon ausgeführt und auf der nächsten Seite werden noch einmal die Eckwertvereinbarungen dargestellt. Erstens, die Finanzverantwortung liegt im jeweiligen Ressort, zweitens, der Eckwert ist der Zuschussbetrag aus Saldoausgaben plus Personaleinnahmen, muss eingehalten werden, es wird natürlich auf Grund der nicht mehr vorhandenen 15%-Sperrung keine großen Möglichkeiten mehr geben, Fehlentwicklungen in einzelnen Ressorts auszugleichen, das muss ich in aller Deutlichkeit auch an dieser Stelle noch einmal betonen. Es wird keine 15%-Budgetsperrungen mehr geben, das heißt, die vollen Budgets sind von Anfang an verfügbar, es gibt eine Deckungsfähigkeit über Global- und Fachbudgets und die Übertragung von 100 % der eingesparten Mittel des Vorjahres wurde und wird mit dem heutigen Beschluss vereinbart. Das Ergebnis für das heurige Jahr, noch

einmal eingeblendet sozusagen in die Grafik, das wir vorhin schon gesehen haben, zeigt für das Jahr 2006 schon eine deutliche Verbesserung, nämlich mit einem Minus alles in allem von doch deutlich unter 100 Millionen Euro, da ist jetzt allerdings schon die Darstellung der AOG miteingerechnet.

Das Budgetvolumen stagniert, wir bleiben in der AOG nach wie vor unter der 700-Millionen-Euro-Grenze und unsere Budgets zusammengenommen deutlich unter der 800-Millionen-Euro-Grenze, wir sehen, dass unsere Maßnahmen doch deutlich greifen und ich möchte Sie darauf aufmerksam machen, dass natürlich bei der Säule für das Jahr 2006 bereits miteingerechnet ist erstens die Übertragung der Budgetmittel des heurigen Jahres, das heißt also, diese Mittel in der Größenordnung, die werden sich wiederfinden bei mir bei den Verstärkungsmitteln, die werden zirka bei 18 Millionen Euro liegen und wir nehmen unsere Tilgungen wieder in vollem Ausmaß auf. Welche Auswirkungen das haben wird, werden Sie noch ein bisschen später sehen können, meine Damen und Herren. Die negativen Effekte für den Voranschlag 2006, das heißt also die budgetbelastenden Effekte, die Personal- und Pensionskosten, steigen um 8,5 Millionen Euro, die Wiederaufnahme der Tilgung ist mit knappen 20 Millionen Euro zu veranschlagen, die Verstärkungsmittel erhöhen sich um 15,5 Millionen Euro und die Möst-Mittel drei Millionen Euro. Übrigens, Möst-Mittel nach wie vor, trotz der Vereinbarung unterschrieben von der Frau Landeshauptmann, auch vom Herrn Landeshauptmannstellvertreter, vom Herrn, ein Mann ein Wort, Landeshauptmannstellvertreter Schöggel,...

Zwischenruf GRin. Mag. Uray-Frick: Unter Voves wird ja alles besser werden.

Dr. **Riedler**: Das will ich stark hoffen. Die bisherige Ausrede übrigens war immer die Frau Landesrätin Edlinger-Ploder als Finanzreferentin hat immer gesagt: Ich weiß gar nicht, was der Schöggel will, der hat das ja eh mit seinen Budgetmitteln zugewiesen bekommen. Jetzt ist die Frau Edlinger-Ploder zuständige Landesrätin für den Verkehr, jetzt bin ich neugierig, ob sie uns diese Mittel auch tatsächlich überweisen

wird, die unterschrieben worden sind, aber ich gehe davon natürlich aus, weil ich glaube...

Zwischenruf GR. Schönegger: Können Sie das nicht intern besprechen.

Dr. **Riedler**: Das können wir nicht intern besprechen, Herr Kollege Schönegger, Sie unterliegen einem Missverständnis, das ist Geld, das wir hier brauchen, das uns zusteht und das wir nicht kriegen, das ist keine interne Sache, sondern es ist eine Sache, in der es sehr gut wäre, wenn der Gemeinderat wie ein Mann und eine Frau aufstehen würde und sagen würde, bitte gebt uns endlich das Geld (*Applaus SPÖ*), das uns zusteht, das ist nichts Internes. Das ist das Gegenteil von etwas Internem.

Zwischenruf GR. Schönegger: Mit dem Herrn Landeshauptmann besprechen.

Dr. **Riedler**: Nein, ein Missverständnis, das ist mit der Frau Kollegin Edlinger-Ploder zu besprechen, wenn überhaupt, eigentlich damit das es unterschrieben ist, nehme ich an, dass wir das Geld auch kriegen werden.

Zwischenruf StR. Miedl unverständlich.

Dr. **Riedler**: Ich habe ja Zeit, ich habe schon befürchtet, es wird heute ein langweilige Budgetsitzung, wird es ganz bestimmt nicht. Lieber Kollege Miedl, du warst zu lange

in Wien, du hättest in Wien ja auch einiges für die Landeshauptstadt tun können (*Applaus SPÖ*), leider sind die Beschlüsse, die im Nationalrat gefasst worden sind, genau die gewesen, die zu den Ungerechtigkeiten geführt haben, dem muss man einmal ins Auge sehen, das ist Herumgelaber, wenn man so tut, als ob das nicht der Fall wäre. Im Übrigen, da habe ich eine Argumentation übernommen, die der Herr Bürgermeister seinerzeit als Finanzreferent sehr gerne verwendet hat, ich weiß gar nicht, was ihr habt... Im übrigen muss man schon sehr deutlich noch eines dazusagen, es ist nicht eine Sache zwischen dem Finanzreferenten und dem Landeshauptmann, dafür zu sorgen, dass die Leute, die Unterschriften geleistet haben, zu ihren Unterschriften stehen und die Mittel aus ihrem Budgetressort überweisen, um das geht es doch und ich bin davon überzeugt, dass hier ein anderer Stil einziehen wird mit der Übernahme des Verkehrsressorts und das zur Güte, als Vorschlag vielleicht, mit der Übernahme des Verkehrsressorts durch die Kollegin Edlinger-Ploder, weil sie kennt ja die Sache jetzt sehr gut, sie weiß, dass das Geld dort ist und, von Schöggel, ich weiß nicht wo, versteckt worden ist wahrscheinlich und jetzt hat sie es und jetzt kann sie es uns auch wieder überweisen.

Der nächste Punkt: Das Maastrichterergebnis. Also die Zahl schaut fantastisch aus; seitdem ich da in Verantwortung bin, könnte ich sagen, ist das Maastrichterergebnis immer eigentlich recht ordentlich. In Wirklichkeit deutet das auf eine andere dramatische Situation der Stadt Graz hin, nämlich dass wir zur Bedeckung der ordentlichen Gebarung immer zu Sondererlösen greifen müssen und diese Sondererlöse werden begünstig nach den Maastrichtkriterien betrachtet. Lieber wäre es mir, ehrlich gesagt, ich hätte ein bisschen schlechteres Maastrichterergebnis und ein besseres Ergebnis ohne Sondererlöse, das wäre natürlich der attraktivere Zugang zu einem Budget, aber das ist aus jetziger Sicht leider nicht möglich. Immerhin unsere Maastrichtzahlen unterstützen durchaus auch die Stabilitätsbestrebungen von Bund und Land. Das öffentliche Sparen, der Saldo der laufenden Gebarung verbessert sich deutlich im Jahr 2006 im Verhältnis zu den bisherigen Jahren. Der Schuldenstand verbessert sich auch, meine Damen und Herren, und das halte ich tatsächlich auch für eine erfreuliche Entwicklung, auch wenn man sagen muss, das unter Einrechnung der Darlehen, die die Tochtergesellschaften der Stadt Graz aufgenommen haben, natürlich sich unsere Gesamtschuldenzahlen nicht verbessern können, weil wir zum Ausgleich des öffentlichen Haushaltes, also der ordentlichen Gebarung, Finanzmittel brauchen

werden. Die Alternative, übrigens eine Forderung des Bundesrechnungshofes, das solltet Ihr eigentlich nicht machen, ähnlich wie das die kommunistische Fraktion ja auch immer wieder gesagt hat, aber das ist keine politische Instanz, die müssen uns und können uns auch nicht erklären, wie wir dann die Aufgaben der Stadt Graz tatsächlich aufrecht erhalten wollen. Etwa die subventionierten Mieten in den Gemeindewohnungen. Ganz interessant auch die Pressekonferenz der Kollegin Kahr, die bis jetzt mit mir noch kein Gespräch geführt hat, aber mir über die Medien ausgerichtet hat, ich hätte nichts über für öffentlichen Wohnbau, also en contraire Madame, es ist glatt das Gegenteil der Fall, ich habe sogar in nicht unwesentlichem Ausmaß Grundstücke zur Verfügung gestellt. Faktum ist aber, dass auf der einen Seite von dem zuständigen kommunistischen Referenten des Wohnungsreferates bis jetzt gerade mal ein Vorschlag halbseitig vorgelegt wurde, wir machen aus dem Wohnungsamt einen Eigenbetrieb, das war's und natürlich, das muss ich schon sagen, sehr gerne mehr für Gemeindewohnbau ausgeben würde, wenn wir die notwendigen Mittel bekommen würden oder wenn man mir erklärt, wo wir das abzwacken, was wir da investieren, dann auch. Ich bin da für jedes Gespräch offen, liebe Elke, und wir werden diese Gespräche sicher noch führen. Ich bin auch schon neugierig auf die Lösungsvorschläge, ganz offen gestanden, in dem Zusammenhang. Aber wenn wir das Geld kriegen, das uns zusteht und das wir brauchen, sofort öffentliches Wohnen gehört zu den zentralen beziehungsweise öffentliches Angebot von Wohnraum gehört zu den zentralen Aufgaben einer Gemeinde. Also der Schuldenstand allerdings im Darlehensbereich verbessert sich, wir werden im heurigen Jahr deutlich Kredite zurückzahlen können und ich glaube, dass man das durchaus auch als einen Schritt in die richtige Richtung werten kann, insbesondere dann, wenn man gegenüber den Banken auch sagen kann, wir bemühen uns hier, insgesamt, ich habe es noch einmal herausgesucht, verbessern wird durch die Senkung der Nettoneuverschuldung unsere Neuverschuldung um minus 28 Millionen Euro, das heißt, das zahlen wir mehr zurück als wir Kredite aufnehmen. Und das zeigt sich jetzt auch noch einmal in der nächsten Darstellung. Bei der Pro-Kopf-Verschuldungsquote eine deutliche Verbesserung. Wir schaffen es also tatsächlich, die Pro-Kopf-Verschuldungsquote auch ganz deutlich und drastisch zu verbessern und damit auch einen nicht unwesentlichen Indiator zu korrigieren. Im vergangenen Jahr war die Pro-Kopf-Verschuldung auch schon verbessert, also im heurigen Jahr, 2005, um es richtiger zu sagen, bei knapp über 2000,- Euro 2067,-,

und im nächsten Jahr werden es sein 1.943,- Euro, meine Damen und Herren. Die Entwicklung der Einnahmen stagniert, wir erreichen bei den Ertragsanteilen nach wie vor nicht das Niveau des Jahres 2001, nicht einmal das Niveau des Jahres 2002, natürlich schlagen hier die Ergebnisse der Volkszählung genauso durch wie der Wegfall der Einnahmen aus der Getränkesteuer und die Steuerreformen und andere Entwicklungen, die ich zu Beginn meiner Ausführungen angeführt habe. Bei den Gebühren bleiben wir relativ stabil, meine Damen und Herren, und bei den eigenen Steuern haben wir eine leicht aufwärts zeigende Tendenz festzustellen. Die freie Finanzspitze ist jetzt insofern sehr interessant, als die flache Kurve, mit blau gezeichnet, die Budgetzahlen der vergangenen Jahre zwar darstellt, allerdings die Tilgungsfreistellung natürlich da nicht eingerechnet ist. Nehmen wir die Tilgungsfreistellung weg, dann sieht man also sehr, sehr deutlich, dass wir uns hier rapid verbessern, und ich sage es noch einmal, wir haben die Talsohle durchschritten und es geht auch bei diesem wesentlichen Indikator deutlich nach oben. Wir haben im nächsten Jahr große Investitionen, die wir weiter vorantreiben, für die Verlängerung der Straßenbahnlinie 6 etwa 8,5 Millionen Euro, die wir investieren werden. Verlängerung der Straßenbahnlinie 4 sieben Millionen Euro, bei diesen 8,5 Millionen sind übrigens drei Millionen aus dem Feinstaubfonds dabei, die wir aus dieser Feinstaubrücklage hier investieren werden. Die Projekte der HL-AG vor allem die Verlängerung der Linie 5 und der Nahverkehrsknoten Puntigam, schlagen mit zehn Millionen Euro zu Buche, der zweite Bauabschnitt im Klärwerk 12 Millionen Euro und die Fortsetzung der Sanierung städtischer Wohnhäuser mit vier Millionen Euro, meine Damen und Herren. Man kann unter diesen Umständen, auch unter diesen schwierigen Umständen nicht sagen, dass es einen Investitions- und Erneuerungsstopp gäbe und gerade im schienengebundenen öffentlichen Nahverkehr ohne Unterstützung des Bundes, die mehrfach zugesagt oder verhandelt wurde, leider ohne Erfolg bis zum heutigen Tag, kommen wir zu großen Fortschritten. Ich mache Sie nur darauf aufmerksam, dass nach einer Hochrechnung der Grazer Stadtwerke die Straßenbahnlinienverlängerungen im Betrieb pro Jahr 3,5 Millionen Euro mehr Ausgaben erforderlichen machen werden und somit zukünftige Budgets natürlich belasten werden. Der Selbstfinanzierungskoeffizient verbessert sich drastisch und zwar deshalb, weil wir versuchen werden, und das werde ich nicht nur versuchen, sondern so wird meine Linie auch eingehalten sein, in einem höheren Maß auf Rücklagen zuzugreifen und Darlehensfinanzierungen zurückzunehmen. Das

ist insofern sehr vernünftig, als sich die Kreditzinsenlandschaft verschlechtern wird, die Darlehenszinsen in den kommenden Jahren aller Voraussicht nach steigen werden und wir damit in einer vernünftigen Art und Weise auch einen Ausgleich bei den Maastrichtzahlen versuchen zustande zu bringen, indem wir also bei guten Maastrichtergebnissen auch die notwendigen maastrichtbelastenden Maßnahmen durchsetzen, es bedeutet im Übrigen, meine Damen und Herren, auch, dass wir bei den Zinszahlungen im Jahr 2010 wesentlich besser dastehen werden als das die Hochrechnung intendiert hat. Der Verschuldensgrad, meine Damen und Herren, zeigt deutlich, dass wir bei den wesentlichen Zahlen uns verbessern können, allerdings der Nettoschuldendienst doch auf 15,08 % ansteigen wird. Wir bewegen uns in einem Bereich, bei dem eine bedenkliche Schuldenentwicklung zu konstatieren ist nach wie vor. Die Finanzierung der ordentlichen Gebarung wird nach wie vor zum größten Teil aus den Ertragsanteilen bewerkstelligt, wobei allerdings dieser Faktor zunehmend im Abnehmen begriffen ist. Leistungserlöse und Gemeindeabgaben haben ungefähr eine ähnliche Größenordnung, Sie sehen allerdings, dass dieser Finanzierungskuchen deutlich noch einmal unterstreicht, was ich kritisch zur Einnahmensituation der Stadt Graz bereits angemerkt habe. Die Finanzierung der außerordentlichen Gebarung wird, wie ich es vorhin schon angekündigt habe, zu nahezu zwei Drittel durch Rücklagen bewerkstelligt werden und zu einem bedeutend geringeren Anteil, nämlich nicht einmal 13 %, durch die Aufnahme neuer Darlehen, was die vorsichtige Schuldenaufnahmepolitik ein weiteres Mal unterstreicht. Der Gesamtrücklagenstand im Gegenzug wird sich im kommenden Jahr allerdings natürlich entsprechend verringern, so wie ich es vorhin auch erklärt habe. Was notwendig ist, meine Damen und Herren, ist eine konsequente weitere Fortsetzung des Konsolidierungsweges ab dem Jahr 2006 und ich sage Ihnen, dass wir bei der Festsetzung der Eckwerte nicht mehr bis zum Herbst des kommenden Jahres warten sollen und dürfen, sondern es muss klar sein, in welche Richtung der Weg weiter geht und ich bin davon überzeugt, dass wir unseren Konsolidierungsweg erfolgreich abschließen können, erfolgreich zu Ende gehen können unter der Voraussetzung, dass es hierfür stabile politische Verhältnisse im Gemeinderat, in der Stadt Graz gibt. Und zwar über den Zeitpunkt der kommenden Gemeinderatswahlen hinaus. Das gebietet die politische Verantwortung, die wir übernommen haben, gegenüber der Grazer Bevölkerung, gegenüber unseren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, gegenüber all jenen, die eine starke Hand, eine starke unterstützende Hand in der

Stadt Graz brauchen. Der Bundesminister für Wirtschaft und Arbeit, der Steirer Martin Bartenstein hat vergangene Woche in einem Interview mit leicht ironischem Unterton bei der Vorbereitung zur nächsten WTO-Konferenz gesagt, also er ist für die Liberalisierung, weil mit der Liberalisierung profitiert die Wirtschaft und was für die Wirtschaft gut ist, das wäre auch gut für die Menschen und er wehrt sich damit gegen die Bedenkenträger, die immer Neues verhindern wollen. Ich bekenne mich hier und heute und an dieser Stelle dazu, dass ich Bedenkenträger gegen eine Politik bin, die die Reichen reicher und die Armen ärmer macht, meine Damen und Herren (*Applaus SPÖ*) und als Bedenkenträger, heißt als vorsichtiger Mensch, glaube ich, dass wir einen Weg gehen sollten, der einerseits die notwendigen Sanierungsziele dieser Stadt nicht aus dem Blick lässt, aber andererseits die Interessen der Grazerinnen und Grazer nicht eine Sekunde lang verrät, dafür steht mein Budget, meine Damen und Herren (*Applaus SPÖ*).

Bgm. Mag. **Nagl**: Meine geschätzten Damen und Herren, wir kommen nun zu den Generalreden und ich darf in folgender Reihenfolge dann gleich bitten die Gemeinderätinnen und Gemeinderäte herauszukommen: Beginnen wird für die ÖVP Herr Gemeinderat Schönegger, im Anschluss daran für die Sozialdemokratie Frau Gemeinderätin Mag. Bauer, darauf folgt Frau Stadträtin Elke Kahr für die kommunistische Partei, für die Grünen wird Frau Gemeinderätin Rücker sprechen, für die FPÖ die Klubobfrau Frau Gemeinderätin Maxie Uray-Frick und im Anschluss daran Herr Gemeinderat Khull-Kholwald.